

Gewerkschaftsmacht beschneiden

Text des Wochenkommentar der BKU-Vorsitzenden Marie-Luise Dött, MdB, vom 22. März 2003 in Radio Vatikan

Vor einer Woche hat der Bundeskanzler sein Reformprogramm im Deutschen Bundestag vorgestellt. Endlich hat er sich bewegt, vieles an seinen Vorschlägen geht in die richtige Richtung. Das ist gut so. In vielen Politikbereichen greifen seine Vorschläge aber viel zu kurz. Hier wird er sich noch erheblich weiter bewegen müssen, sollen die Reformen in Bundestag und Bundesrat eine Mehrheit bekommen. Die Opposition hat der Regierung eine "gemeinsame Kraftanstrengung für Deutschland" angeboten und die Hand zur Zusammenarbeit ausgestreckt. Auch das ist gut so

Nicht gut ist dagegen, dass die Gewerkschaften angekündigt haben, gegen die notwendigen Reformen Front zu machen. Nahezu alle bisherigen Versuche, die dringendsten Reformen auf den Weg zu bringen, sind in den vergangenen Jahren durch den teils lautstarken teils verdeckten Widerstand der Gewerkschaften verhindert worden. Das hat die Regierung Kohl zu spüren bekommen, als ihr Bündnis für Arbeit an den Gewerkschaften gescheitert ist. Als sie 1997/98 das Lohnfortzahlungsgesetz änderte, haben unter Führung der IG Metall die Gewerkschaften massiven Widerstand gegen die Regierung und Wahlhilfe zugunsten der Opposition geleistet. Das bekommt jetzt auch die Regierung Schröder zu spüren, nachdem ihr Bündnis für Arbeit ebenfalls an der Blockadepolitik der Gewerkschaften gescheitert ist.

Die Gewerkschaften begründen ihren Widerstand mit dem angeblichen Abbau des Sozialstaates. Sie wollen einfach nicht begreifen, dass der Sozialstaat angesichts von fast 5 Millionen offiziellen Arbeitslosen und noch einmal über 2 Millionen verdeckten Arbeitslosen schon lange kein Sozialstaat mehr ist. Sozial ist was Arbeit schafft. Wenn die Gewerkschaften mit Blick auf die gegenwärtige Krise immer noch an ihrer Blockadehaltung festhalten, dann müssen sie sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie weniger am Erhalt des Sozialstaates als vielmehr am Erhalt ihrer eigenen politischen Macht interessiert sind.

Die Regierung wird mit ihrer Reformpolitik scheitern, wenn sie es jetzt nicht wagt, einen sachbezogenen Konflikt mit den Gewerkschaften einzugehen und diesen auch durchzustehen. Wenn es nun in Bundestag und Bundesrat zu einer "heimlichen großen Koalition" kommen sollte, um den ungebührlich großen politischen Einfluß der Gewerkschaften zu beschneiden, so wäre dies zu begrüßen. Aber wir brauchen dringend einen Ausbruch der Politik aus der

reformfeindlichen Umklammerung durch die Gewerkschaften! Je eher, desto besser, je deutlicher, desto wirksamer!

Niemand in unserem Land will die Gewerkschaften abschaffen. Ich will dies ausdrücklich betonen. Wir benötigen auch keine deutsche Margret Thatcher, die gegen die Gewerkschaften zu Felde zieht. Aber selbst Reformen unserer Sozialsysteme gegen die Blockade der Gewerkschaften durchzusetzen reicht noch nicht aus, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Wir müssen auch die Waffengleichheit zwischen den Tarifpartnern wieder herstellen, die es in Deutschland seit langem nicht mehr gibt.

Wahr ist nämlich, dass in einer globalisierten Wirtschaft mit "Just in Time" – Produktion die Unternehmer einen Tarifkonflikt mit den Gewerkschaften so oder so nicht gewinnen können. Schon ein Warnstreik löst Produktionsstörungen aus, die zu Lieferverzögerungen und dadurch zu empfindlichen Konventionalstrafen führen können. So kann bereits ein kurzer Streik in einem wichtigen Produktionsbereich ein Unternehmen ruinieren und Arbeitsplätze vernichten. Was aber noch schlimmer ist: Man kann sich dagegen nicht mal mehr wehren. Das legitime Mittel der Aussperrung würde das Unternehmen nämlich nur noch tiefer in die Falle der Konventionalstrafen laufen lassen.

Was tut also ein Unternehmer, wenn er einen Konflikt nicht gewinnen kann? Er weicht dem Konflikt aus. Er rationalisiert Arbeitsplätze weg oder verlagert sie ins Ausland. Gott sei Dank haben viele Betriebsräte diesen Teufelskreis inzwischen durchschaut und wehren sich gegen das Diktat der Funktionäre aus den Gewerkschaftszentralen. Es sind die Betriebsräte in den Unternehmen, die als erste eingesehen haben dass Änderung Not tut. Konkret heißt das: Wir müssen hin zu mehr betrieblichen Bündnissen für Arbeit. Deswegen muß der Flächentarifvertrag zwar nicht gleich abgeschafft werden, aber seine Funktion muß auf die Setzung von Eckwerten beschränkt werden. Die in einem solchen Eckrahmen bestehenden Freiräume gilt es dann auf betrieblicher Ebene auszufüllen.